



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
wien.arbeiterkammer.at
DVR 0063673
ERREICHBAR MIT DER LINIE D

Energie-Control Austria								
Posteingangsnr. 9321								
Eingelangt 22. Nov. 2017								
Aktenzahl								
VST	FO	RA	Strom	Tarife	VW	GAS	ÖKO	STR
Original: FHA					Kopie: Recht-Post, RPA, SYKO			
					B7A			

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65	Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Th/Ni	Josef Thoman	DW 12263	DW 412263	15.11.2017

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (GSNE-VO 2013, Novelle 2018)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfs und die Einladung zur Stellungnahme. Gleichzeitig hält die BAK fest, dass eine Stellungnahmefrist von 13 Werktagen nicht akzeptiert werden kann. In diesem Zusammenhang verweist die BAK auf das entsprechende Rundschreiben des Verfassungsdienstes (GZ BKA-600.614/0002-V/2/2008). Dort wird auf die Notwendigkeit der Festsetzung angemessener Fristen für die Begutachtung hingewiesen. Begutachtungsfristen sind so zu bemessen, dass den zur Begutachtung eingeladenen Stellen eine Frist von wenigstens sechs Wochen zur Verfügung steht. Die BAK nimmt zum vorliegenden Verordnungsentwurf wie folgt Stellung:

- Da die Kostenbasis für die festzulegenden Tarife noch nicht ermittelt wurde, sieht sich die BAK außerstande eine sachgerechte Beurteilung der „Gasnetztarife“ (Gas-Systemnutzungsentgelte) vorzunehmen.
- Die von der E-Control gewählte Vorgehensweise, das Stellungnahmeverfahren für den Verordnungsentwurf vor Erlass der Kostenbescheide durchzuführen, hält die BAK aus rechtlicher Sicht für problematisch.
- Die Ausweitung des Netzbereitstellungsentgeltes für unterbrechbare Kapazitäten und der Möglichkeit für Tagesleistungsverrechnung sind nur dann gerechtfertigt, wenn diese zu keiner Mehrbelastung anderer VerbraucherInnengruppen führt. Dies ist regelmäßig zu evaluieren.

Zum Regelungsinhalt der GSNE-VO 2013, Novelle 2018 im Allgemeinen

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2018 anzuwendenden Gas-Netzentgelte (§ 72 GWG 2011). Basis für diese Entgeltbestimmung hat das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren der Energie-Control Austria (ECA) zu sein, welches durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt hätte werden sollen (§ 69 Abs. 1 GWG 2011). Weiters bestimmt diese Verordnung das Verfahren der Kostenwälzung gemäß § 83 Abs. 3 GWG 2011, die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern eines Netzbereiches und das Entgelt für die Verteilergebietsmanager der Verteilergebiete Ost, Tirol und Vorarlberg.

Vorab möchte die BAK festhalten, dass die wichtigsten Ziele der Regulierung der Gasnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen. Die Netzregulierung muss somit einen kosteneffizienten Netzbetrieb mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen. Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss aus Sicht der BAK eine faire Lastenverteilung verwirklicht werden.

Zu § 10 Abs. 8 – Änderung der Netznutzungsentgelte

Für die BAK ist eine sachgerechte Beurteilung der „Gasnetztarife“ (Gas-Systemnutzungsentgelte) derzeit nicht möglich. Grund dafür ist, dass die Kostenbasis für die festzulegenden Tarife noch nicht ermittelt wurde. **Zum Zeitpunkt der Erstellung des gegenständlichen Verordnungsentwurfs lagen weder Kosten- noch Mengenermittlungsergebnisse vor.** Die Kostenbescheide für die 20 betroffenen Gas-Verteilnetzbetreiber wurden weder den Legalparteien (Netzbetreiber, WKO und BAK) noch der, für die Festsetzung der Entgelte zuständigen Regulierungskommission rechtzeitig vorgelegt. Daher fehlt die Kostenbasis und damit die Grundlage für den vorliegenden Verordnungsentwurf.

Die BAK bedauert daher im Rahmen dieser Begutachtung nicht ihrer stets konstruktiven und sachlich orientierten Rolle als Interessenvertretung nachkommen zu können. Darüber hinaus hält die BAK die von der E-Control gewählte Vorgehensweise aber auch aus rechtlicher Sicht für problematisch und verweist in diesem Zusammenhang auf die hierfür relevante Rechtsbasis:

Die Festlegung der Systemnutzungsentgelte wird in § 70 (1) Gaswirtschaftsgesetz geregelt. Dort heißt es:

„(1) Die Systemnutzungsentgelte im Verteilernetz werden unter Berücksichtigung einer Kostenwälzung gemäß § 83 **auf Basis der gemäß §§ 79 ff festgestellten Kosten und des Mengengerüsts mit Verordnung der Regulierungsbehörde bestimmt.** Die auf Basis der

Methode gemäß § 82 ermittelten Systemnutzungsentgelte im Fernleitungsnetz werden von der Regulierungsbehörde mit Verordnung in Kraft gesetzt.

(2) Erforderlichenfalls werden in der Verordnung Ausgleichszahlungen zwischen Netzbetreibern eines Netzbereiches bzw. Marktgebiets bestimmt. Die Art der Ermittlung von Ausgleichszahlungen zwischen Fernleitungsnetzbetreibern ist Bestandteil der Methoden gemäß § 82.

(3) Der **Verordnungserlassung hat ein Stellungnahmeverfahren voranzugehen**, das insbesondere den betroffenen Netzbetreibern, NetzbewerberInnen und den in § 69 Abs. 3 genannten Interessenvertretungen die Möglichkeit zur Stellungnahme innerhalb **angemessener Frist** sicherstellt.

(4) Nach Abschluss des Stellungnahmeverfahrens sind über Verlangen sämtliche Unterlagen dem Regulierungsbeirat vorzulegen. Der Vorsitzende kann zur Beratung im Regulierungsbeirat auch Sachverständige beiziehen. Bei Gefahr im Verzug kann die Anhörung durch den Regulierungsbeirat entfallen. Dieser ist jedoch nachträglich unverzüglich mit der Angelegenheit zu befassen.

(5) Die Regulierungsbehörde und Netzbetreiber haben dem Regulierungsbeirat **sämtliche für die Beurteilung des Verordnungsentwurfes notwendigen Unterlagen zu übermitteln sowie Auskünfte zu geben.**

Priv.-Doz. DDr. Christian F. Schneider stellt dazu in den Anmerkungen zu den gleich lautenden Bestimmungen im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz Folgendes fest:

„**Grundlage für die Bestimmung der Systemnutzungsentgelte** sind jene Kosten und jenes Mengengerüst, die gemäß § 48 Abs. 1 (Anmerkung: EIWOG) mit Bescheid festgelegt wurden, woraus sich eine **Bindung an diesen Bescheid ergibt**.“ Und weiters: „die Bedeutung der Regelung liegt dabei u.a. darin, dass eine **Nichteinhaltung dieser Verfahrensregeln die Gesetzeswidrigkeit der Systemnutzungsentgelte-VO zur Folge hat**.“ (Österreichs E-Wirtschaft (2013); EIWOG Kommentar; 2. Überarbeitete Auflage 2013, Seite 168 f).

Daraus folgt, dass die Systemnutzungsentgelte nur auf Basis der Bescheide erlassen werden können. Ohne die Kostenbasis kann die in (4) und (5) genannte Informationspflicht gegenüber der Regulierungskommission nicht erfüllt werden. Gleichzeitig ist das in (3) geforderte Stellungnahmeverfahren sachgerecht nicht möglich.

Insbesondere zu Beginn einer neuen Anreizregulierungsperiode ist die E-Control und die Regulierungskommission gefordert, das Ausmaß der unterschiedlichen Effekte zu beschreiben. Dabei gilt es zwischen Einmaleffekten (u.a. Veränderung des Regulierungskontos und Rückstellung des Investitionsfaktors), die von der Änderung der Regulierungssystematik unabhängig sind und jenen Effekten, die auf eine Veränderung des Anreizregulierungssystems (u.a. Anpassung der Kapitalverzinsung, der allgemeinen/individuellen Effizienzziele) zurückzuführen sind, zu unterscheiden. Nur eine differenzierte Aufstellung dieser unterschiedlichen Effekte auf die Netzkosten ermöglicht eine sachgerechte

Bewertung der Systemnutzungsentgelte. Die vage Erläuterung, dass sowohl die Änderung der Regulierungssystematik als auch das Regulierungskonto Auswirkungen auf die Entgelte haben, ist unzureichend.

Die BAK sieht sich daher aufgrund der fehlenden Kostenbasis und der lückenhaften Erläuterungen außer Stande, den vorliegenden Verordnungsentwurf in diesem, zentralen Punkt zu bewerten.

Unabhängig davon möchte die BAK zu jenen Punkten, welche nicht direkt in Zusammenhang mit den Kosten- und Mengenermittlungsergebnissen stehen, wie folgt Stellung nehmen:

Zu § 9 – Netzbereitstellungsentgelt für unterbrechbare Kapazitäten

Gemäß dem gegenständlichen Verordnungsentwurf soll das Netzbereitstellungsentgelt für unterbrechbare Kapazitäten (Speicheranlagen) entfallen. Begründet wird dies damit, dass Speicher so attraktiver würden. Die verstärkte Netznutzung durch Speicherbetreiber würde zu Mehreinnahmen im Titel Netznutzungsentgelt führen, welche die Ausfälle durch das Netzbereitstellungsentgelt überkompensieren. Die BAK begrüßt diese Maßnahme, fordert aber zugleich ein Monitoring, welches das Eintreten der unterstellten Effekte überprüft.

Zu § 10 Abs. 6a – Ausweitung der Möglichkeit für Tagesleistungsverrechnung

Im Jahr 2014 wurde – ergänzend zum Monatsleistungspreis – ein Tagesleistungspreis eingeführt. Damit sollte für GasverbraucherInnen ein Anreiz geschaffen werden kurzfristig ihre Anlagen in Betrieb zu nehmen. Gleichzeitig soll die netzseitige Erlössituation stabil gehalten oder verbessert werden. Diese Regelung war bisher auf VerbraucherInnen mit einem Mindestbezug von 400.000 kWh/h beschränkt und soll nun auf kleinere VerbraucherInnen mit einem Mindestbezug von 50.000 kWh/h ausgeweitet werden. Die E-Control geht davon aus, dass die Netzerlöse dadurch um rund 0,2 % sinken. Wobei Einnahmen durch zusätzliche Gasabgabemengen hier noch unberücksichtigt sind.

Aus Sicht der BAK ist die Ausweitung Tagesleistungsverrechnung nur dann gerechtfertigt, wenn das Ziel die „netzseitige Erlössituation stabil“ zu halten oder „zu verbessern“ erreicht wird. Diese Regelung ist daher regelmäßig einer Evaluierung zu unterziehen.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen.


Rudi Kaske
Präsident




Maria Kubitschek
i.V. des Direktors